

11. März 2026

Nachtrag

An

die Abgeordneten des Hessischen Landtages

den Hessischen Ministerpräsidenten

die Hessischen Ministerinnen und Minister

den Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs

den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

die Büros der Fraktionen im Hessischen Landtag

In die Tagesordnung der für den

Kultuspolitischen Ausschuss

zum **13. März 2026, 10:00 Uhr,**

einberufenen 26. Sitzung wird noch folgender Punkt aufgenommen:



Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion der Freien Demokraten
Moratorium für Kürzungen in der Bildung
– Drucks. [21/4045](#) –

Kerstin Geis

F. d. R.

Hanns Otto Zinßer

Anlage



21. Wahlperiode

10/03
Te 10/03

10/03/2026 S2

Drucksache 21/ 4045

HESSISCHER LANDTAG

10.03.2026

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion der Freien Demokraten

KPA (§ 28(2))

Moratorium für Kürzungen in der Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Uneinigkeit über und die widersprüchlichen Signale und Aussagen zu den Bildungskürzungen innerhalb der schwarz-roten Landesregierung in den vergangenen Wochen eine große Verunsicherung bei den betroffenen Schulgemeinden hervorgerufen haben. Selbst nachdem die Landesregierung der Öffentlichkeit einen vermeintlichen ‚Kompromiss‘ präsentiert und die Kürzungen bei den integrierten Gesamtschulen, beim Sozialindex und bei den Intensivklassen beschlossen hatte, gab es in der Öffentlichkeit erneut widersprüchliche Signale und Aussagen zur Bedeutung und den konkreten Auswirkungen dieses ‚Kompromisses‘.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, keine Fakten zu schaffen und ihre Pläne für die Bildungskürzungen so lange auszusetzen, bis sie der Öffentlichkeit eine eindeutige, unmissverständliche Einigung über die Finanzierung der Integrierten Gesamtschulen, des Sozialindex und der Intensivklassen im Jahr 2026 sowie über die Perspektiven zur Finanzierung dieser Maßnahmen in den Folgejahren präsentieren kann. Wer im Wahlkampf hervorhebt, dass die wichtigste Bank in Hessen die Schulbank ist und tausende neue Lehrerstellen fordert, der darf nicht bei der Bildung kürzen.

Begründung:

Die Antragsstellenden Fraktionen hatten im Kultuspolitischen Ausschuss am 5. März 2026 beantragt, keine Kürzungen an den Integrierten Gesamtschulen und am Sozialindex vorzunehmen. Dies halten die Antragsstellerinnen weiter für sachgerecht. Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und SPD erklärten daraufhin, zu dieser Sachfrage nicht sprech- und beratungsfähig zu sein. Hilfsweise wird daher die Landesregierung aufgefordert, keine Fakten zu schaffen, so lange die Koalitionsfraktionen eine Beschlussfassung des Landtags unterdrücken.

Wiesbaden, 10. März 2026

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:

Dr. Stefan Naas